Südschleswigscher Wählerverband

SSW

Pressemitteilung
Kiel, 10.06.2015

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: landtag@ssw.de

Kritik an Polizeireform ist verfrüht - zuerst Wirkung abwarten!

Zur Debatte um die Landespolizei erklären die polizeipolitischen SprecherInnen der SPD-Landtagsfraktion, Simone Lange, von Bündnis 90/Die Grünen, Burkhard Peters, und des SSW, Lars Harms:

Die Organisationsleitlinien begrüßen wir ausdrücklich! In den Direktionen Flensburg,
Itzehoe, Neumünster, Kiel (Bereich Plön) und Bad Segeberg ist die Umstrukturierung
bereits abgeschlossen bzw. kurz vor dem Abschluss; das gibt den Betroffenen
Planungssicherheit. Die Direktionen Ratzeburg, Lübeck und Kiel-Stadt haben ihre
Organisationsentwicklung gerade aufgenommen; wir werden auch diesen Prozess eng
begleiten. Die begonnenen und in großen Teilen erfolgten Organisationsveränderungen,
die von der Polizei selbst vorbereitet und ausgeführt werden, müssen jetzt erstmal wirken;
deshalb ist die geäußerte Kritik auch aus den Reihen der Polizei nicht nachvollziehbar, weil
verfrüht. Eine Evaluation sollte erst erfolgen, wenn man mit den neuen Strukturen
Erfahrungen gesammelt hat. Eine weitere Strukturreform haben wir immer

SSW IM LANDTAG

abgelehnt und
dabei bleiben wir auch.
Verunsicherungen, die durch die Äußerungen der Polizeidirektionsleiter und des
Polizeidirektors entstanden sind, müssen umgehend ausgeräumt werden!

Burkhard Peters:
„Die letztendliche Verantwortung für die Entwicklung der Landespolizei liegt beim Parlament."

Lars Harms:
„Entscheidend für die weitere Organisationsentwicklung sind die von der Politik vorgegebenen Rahmenbedingungen. Innerhalb dieser Rahmenbedingungen
entscheiden die Direktionen über ihre Selbstorganisation nach polizeifachlichen Kriterien."

Simone Lange:
„Klar ist, dass für die Sicherheitssituation im Land nicht die Größe einer Dienststelle entscheidend ist, sondern die polizeifachlichen Notwendigkeiten.
Aus diesem Grund haben wir uns immer gegen die Festschreibung der Mindestgröße einer Dienststelle ausgesprochen. Wir danken dem Innenminister,
dass er uns hier gefolgt ist. Nicht zuletzt war dies auch der Wunsch der Berufsvertretung der Polizei, der Gewerkschaft."

Genauso ernst nehmen wir die Belastungssituationen aller Mitarbeiterinnen Mitarbeiter der Landespolizei. Nach heutigem Stand ist die Überstundensituation
stabil. Ja, der G7-Gipfel war ein Ausnahme-Großeinsatz, aber der ist ja nun vorbei!
Wir werden in der kommenden Landtagssitzung deutlich machen, wie die Weiterentwicklung der Landespolizei ausgestaltet werden kann.

SSW IM LANDTAG